

Warum Zivilgesellschaften in Asien für Europa wichtig sind

Vortrag von Sven Hansen zur Veranstaltung „10 Jahre Asienhaus“ am 21. Mai 2005 in Essen

Wie Sie alle wissen sind morgen hier in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen. Umfragen deuten auf einen Regierungswechsel. Bekanntlich können gelegentliche Regierungswechsel gut sein, weil sie Verkrustungen und Verfilzungen entgegen wirken. Andererseits ist zu fragen, welche politischen und sozialen Fortschritte hier von einer schwarz-gelben Regierung zu erwarten sind? Zu bilanzieren ist auch, was die den Gewerkschaften nahe stehenden Sozialdemokraten erreicht haben. Oder die Grünen, die einst aus der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung hervor gingen. Und was eine Neugründung wie die linke Wahlalternative WASG realistisch erreichen kann.

In Deutschland versuchen soziale Bewegungen und organisierte Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände und Eine-Welt-Gruppen gelegentlich mit sogenannten Wahlprüfsteinen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten zu nehmen, indem anhand von Kriterien Parteien und Kandidaten identifiziert werden, die für wählbar gehalten werden. Auch laden Organisationen und Verbände oft Kandidaten direkt ein und befragen sie zu bestimmten Themenfeldern.

Verlassen wir jetzt die Qual der Wahl in Nordrhein-Westfalen und schauen wir nach Südkorea. Zivilgesellschaftliche Gruppen haben dort das System von Wahlprüfsteinen weiter entwickelt und in ein System von Ausschlusskriterien verwandelt. So schlossen sich Anfang 2000 412 Organisationen zum Bündnis CAGE – Civil Action for the 2000 General Election – zusammen. Das Bündnis erarbeitete für die Parlamentswahlen eine Schwarze Liste von Kandidaten, die nach Meinung von CAGE auf keinen Fall gewählt werden sollten.

Die Zahl der an CAGE beteiligten Organisationen stieg bis zu den Wahlen im April 2000 auf rund eintausend. Das Bündnis bewertete anhand öffentlich zugänglicher Unterlagen wie Parlaments- und Gerichtsprotokolle sowie Medienberichte amtierende Abgeordnete wie solche Politiker, die sich erstmals um ein Mandat bewarben. Bewertet wurden die Kandidaten nach sieben Kriterien:

1. Korruption, Stimmenkauf bei Nominierungen, Verstoß gegen das Parteispendinggesetz,
2. Verstöße gegen das Wahlrecht,
3. Teilnahme an oder die Billigung von Aktivitäten, die Menschen- und Bürgerrechte verletzen,
4. Engagement und Ernsthaftigkeit bei Gesetzgebungen und Verhalten gegenüber dem Parlament und den Wählern wie zum Beispiel die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen,
5. Einstellung zu Reformgesetzen und zur Reformpolitik,
6. Moral und Qualifikation, also etwa unfaire Umgang mit dem Gegner, sexistisches oder diskriminierendes Verhalten und
7. der Gesamteindruck des Kandidaten.

Bereits nach Veröffentlichung der ersten Liste zogen einige der als unwählbar geführten Politiker ihre Kandidatur zurück. Die endgültige Liste von CAGE enthielt dann 86 Namen von Politikern aller Parteien. Diese Liste wurde den Medien

präsentiert, im Internet waren die Vorwürfe gegen die jeweiligen Politiker für alle nachzulesen. Bei öffentlichen Kundgebungen wurden den Kandidaten der Liste symbolisch gelbe und rote Karten gezeigt.

Zugleich kämpfte CAGE erfolgreich darum, sich so überhaupt in den Wahlkampf einbringen zu dürfen. Bis dahin war eine solche zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Wahlen nicht erlaubt. Die Parteien gerieten durch die große öffentliche Resonanz auf CAGE unter Druck und taten so, als unterstützten sie dessen Anliegen. Doch nur durch Druck konnte CAGE letztlich eine gewisse Änderung des Wahlgesetzes durchsetzen.

Bei den Wahlen fielen dann 59 der 86 Politiker der Schwarzen Liste durch, also mehr als zwei Drittel. In Seoul waren es gar 19 von 20. Die Kampagne von CAGE beschleunigte den Generationswechsel unter Politikern, schickte an Deals in Hinterzimmern gewöhnte Patriarchen aufs Altenteil und brachte junge, stärker Demokratie und Transparenz verpflichtete Abgeordnete ins Parlament. CAGE entmachtete nicht nur einen Großteil der als unwählbar identifizierten Politiker, sondern signalisierte auch den siegreichen Kandidaten, dass sie genau beobachtet würden und künftig stärker Rechenschaft ablegen müssen.

Der Erfolg dieses Beispiels ist natürlich auch den Bedingungen in Südkorea geschuldet und nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar. Südkorea hat ein anderes Wahlrecht und ist noch eine verhältnismäßig junge Demokratie, in der Korruption und illegale Finanztransaktionen bis hinein in den Präsidentenpalast ein Problem sind. Doch wie in den letzten Jahren in der deutschen Bundes- und der nordrhein-westfälischen Kommunal- und Landespolitik deutlich wurde, gibt es auch hierzulande Korruption, Klüngel und illegalen Parteispenden – bis ins Kanzleramt. Für Lösungen allein auf Politiker zu setzen ist wenig aussichtsreich. Vielmehr kann der Blick in andere Länder wichtige Anregungen geben, wofür CAGE ein Beispiel ist. Aufgrund der Vielfalt, zum Teil wegen lebendiger und gut organisierter Zivilgesellschaften, zum Teil wegen ähnlicher Probleme, ist Asien meiner Meinung nach wichtig für diesen Austausch.

Ein anderes Beispiel für den Kampf gegen Korruption ist die Organisation MKSS aus dem indischen Rajasthan. Pro Jahr gibt Indiens Regierung umgerechnet etwa 2,1 Milliarden Euro für ländliche Entwicklungsprojekte aus. Ein Großteil dieser Gelder, die Schätzungen reichen von 40 bis 80 Prozent, werden jedoch unterschlagen. Da diese Projekte die Armut auf dem Land bekämpfen sollen, sind die Hauptleidtragenden dieser Korruption die arme Landbevölkerung.

Die Korruption reicht von der Zentralregierung in Delhi bis in einzelne Dorfräte. So werden etwa bei staatlichen Bauvorhaben die Personallisten manipuliert, in dem mehr Arbeitskräfte angegeben und abgerechnet werden, als tatsächlich beteiligt sind. Oder es werden nie ausgeführte Bauarbeiten berechnet. Da sich die Verantwortlichen aufgrund von Abhängigkeiten gegenseitig decken, ist diese Korruption nur schwer nachzuweisen.

MKSS initiierte eine Massenbewegung mit dem Ziel, alle relevanten Informationen über staatliche Entwicklungsprojekte zu erhalten und dann auf öffentlichen Veranstaltungen mit den realen Vorgängen abzugleichen. MKSS fordert vom Staat Transparenz ein, um Korruption untersuchen, Verantwortliche identifizieren und zur Rede stellen zu können.

Die geforderte Transparenz wurde zunächst mit dem Argument verweigert, die Gesetze erlaubten die Herausgabe der Informationen nicht. Doch immer dort, wo MKSS letztlich an Informationen herankam, wurde deutlich, dass diese Intransparenz die Korruption schützt. Unter dem von MKSS aufgebauten öffentlichen Druck mußte die Regierung von Rajasthan schließlich das Gesetz ändern und mehr Transparenz zulassen. Jetzt können Organisationen wie MKSS von den beteiligten Politikern, zuständigen Beamten und beauftragten Firmen Informationen und Rechenschaft einfordern und so das Kartell von Intransparenz und Korruption aufbrechen.

Bei von MKSS organisierten öffentlichen Veranstaltungen haben Politiker, Beamte oder Firmenchefs bereits angekündigt, unterschlagene Gelder zurückzuzahlen. Anders als etwa Transparency International ist MKSS keine Initiative aus dem Establishment oder der gehobenen Mittelschicht, sondern eine Basisbewegung aus den Dörfern. Entsprechend ist das primäre Ziel nicht, einen fairen Wettbewerb zwischen Konzernen zu ermöglichen, sondern Projekte zur Überwindung der ländlichen Armut auch wirklich den Armen zugute kommen zu lassen. Jetzt versuchen MKSS und andere Organisationen das Recht auf Information in Form eines Informationsfreiheitsgesetzes auch auf der nationalen Ebene durchzusetzen.

Die Beispiele von CAGE und MKSS zeigen, dass es lohnt, sich asiatische Zivilgesellschaften genauer anzuschauen. Denn immer noch dominiert beim europäischen oder westlichen Blick nach Asien die wirtschaftliche Perspektive. Erst gab es Euphorie, dann kam mit der Asienkrise der Katzenjammer. Jetzt herrscht wieder Optimismus. Eine weitere in Europa beliebte Perspektive nach Asien ist der kulturelle Blick. Fernöstliche Weisheiten, Küche, Kulturen und Exotik erfreuen sich großer Beliebtheit. Nicht zuletzt weil wir uns selbst zunehmend spirituell und kulturell verarmt fühlen, bedient Asien unsere Sehnsüchte und Träume.

Kritische Geister verweisen beim Blick nach Asien zu Recht auch immer wieder auf Krisenpotentiale wie den Atomkonflikt mit Nordkorea, den Konflikt China-Taiwan oder das ungelöste Kaschmir-Problem. Zudem haben bekanntlich viele asiatische Staaten ungelöste innere Konflikte, abgesehen von großen ökologischen Problemen, die mit dem Wirtschaftswachstum und dem Raubbau an den Regenwäldern verbunden sind.

Meiner Meinung nach noch immer zu sehr vernachlässigt werden beim Blick nach Asien die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen. Werden sie thematisiert, geschieht dies oft im Sinne aufholender Entwicklung, also dass etwa asiatische Gesellschaften sich den Entwicklungen in westlichen Gesellschaften und politischen Systemen annähern, zum Beispiel demokratischer werden oder eigene Umwelt- oder Menschenrechtsorganisationen und entsprechende Standards aufbauen.

Diese Entwicklungen sind wichtig und verdienen Unterstützung und Anerkennung, zumal sie nicht selten gegen von unseren eigenen Regierungen unterstützte Regime erkämpft werden. Auch gibt es immer wieder mutige und beeindruckende Einzelpersonlichkeiten, die für einen Wandel kämpfen.

Doch wir übersehen oft, dass es in asiatischen Gesellschaften auch neue, eigene Entwicklungen und Ansätze wie CAGE oder MKSS gibt. Diese können im Sinne einer sich herausbildenden globalen Zivilgesellschaft auch für uns in Europa inspirierend sein. Es ist eine Binsenweisheit, dass sich viele Probleme heute nicht mehr nationalstaatlich lösen lassen. Regionale und multinationale Lösungen sind

dringlicher denn je. Der Austausch und die gegenseitige Befruchtung der Zivilgesellschaften werden immer wichtiger.

Im Unterschied zur klassischen Solidaritätsarbeit von früher ist dieser Austausch immer weniger eine Einbahnstraße von Nord nach Süd, von Europa nach Asien. Zwar sind wir in Europa im Vergleich zu vielen asiatischen Ländern noch materiell reicher. Doch zum einen trifft dies nicht mehr auf alle Länder zu. Zum anderen ist deutlich geworden, dass die Übertragung unseres westlichen Wirtschafts- und Konsummodells nach Asien nicht nachhaltig ist, auch wenn die Durchsetzung mancher westlicher Umweltstandards in vielen asiatischen Ländern noch ein Fortschritt wäre. Doch auch das ist heute nicht mehr so eindimensional wie früher.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang zwei Erfahrungen der Umweltschutzorganisation Greenpeace in China. 1995 gelang es der Organisation, zwei große chinesische Kühlschrankschrankhersteller zu überzeugen, auf FCKW-haltige Kühlmittel zu verzichten. Greenpeace hatte dabei die Unterstützung des chinesischen Ministeriums für Leichtindustrie. Zugleich unterstützte auch die deutsche GTZ das Projekt und – entscheidend für die chinesischen Unternehmen – war die alternative Technik kostengünstiger.

Der ökologische Effekt, auf den Greenpeace gesetzt hatte, war für die Chinesen eher ein Nebenaspekt. Doch dürfte eine Rolle gespielt haben, dass zu der Zeit immer mehr westliche Länder FCKW-haltige Kühlmittel verboten. Nach jahrelangem Druck von Umweltorganisationen im Westen wurden dort klimaschädliche Kühlmittel aus dem Verkehr gezogen. Wollten chinesische Produzenten wie Haier westliche Märkte erobern, was sie ja inzwischen tun, mußten sie ohnehin bald auf FCKW verzichten.

Ermuntert durch diesen Erfolg mit Kühlschränken versuchte Greenpeace 1997 in China ein Drei-Liter-Auto einzuführen. Anders als beim Kühlschrank gab es jedoch von keinem Ministerium Unterstützung. Noch schwerwiegender aber war, dass es das Drei-Liter-Auto auch im Westen nur erst als Prototyp gab. Auch bevorzugte das in China verbreitete Statusdenken große Autos, abgesehen davon, dass es damals in China noch kaum Privatfahrzeuge gab, sondern hauptsächlich Kaderkarossen von Staatsbetrieben und Parteiorganisationen. Da die kapitalintensive Autoindustrie als strategische Branche für den industriellen Aufbau eines Landes gilt, fehlte den Chinesen für ein Experiment, das auch von keinem westlichen Autokonzern unterstützt wurde, schlicht der Mut und das Bewusstsein.

Weder in der Volksrepublik – damals waren Chinas Umweltschützer noch ganz am Anfang – noch in den westlichen Ländern, ist bis heute die Umweltbewegung stark genug, um ein Drei-Liter-Auto, das als technisch machbar gilt, politisch und wirtschaftlich durchzusetzen, also zur Marktreife zu bringen und für eine entsprechende Nachfrage zu sorgen. Auch ist der Ölpreis dafür offenbar immer noch zu niedrig. Trotzdem geht der Trend langsam in diese Richtung. Und inzwischen könnte es China sein, dass hier Maßstäbe setzt. So legt ein seit Anfang dieses Jahres gültiges Umweltgesetz Grenzwerte für den Spritverbrauch bei Neuwagen fest. Er liegt je nach Fahrzeuggewicht zwischen 6,2 Litern pro 100 Kilometer für Kleinwagen und 15,5 Litern für Kleinlaster.

So darf der VW-Golf in China nicht mehr als rund 8,8 Liter verbrauchen oder ein VW-Touareg nicht mehr als 12 Liter. Ab 2008 verschärfen sich diese Werte auf 8 und 10,7 Liter. Damit lassen sich bei vielen Modellen größere Motorisierungen nicht mehr

absetzen. Ein Experte vom Umweltbundesamt schätzte gegenüber der taz, dass etwa 80 Prozent der von deutschen Herstellern heute verkauften Fahrzeuge ab 2008 in China nicht mehr verkauft werden können.

Dass sich Chinas Regierung zu so einem Schritt durchgerungen hat, hat mit Chinas starker Luftverschmutzung zu tun, aber noch mehr mit Chinas wachsender Abhängigkeit von Ölimporten und dem dadurch zunehmenden außenpolitischen Konfliktpotential. War China bis 1995 noch Nettoölexporteur, importierte es 2002 bereits knapp ein Drittel seines Rohölbedarfs. Nach offiziellen Schätzungen sind es 2007 schon mehr als die Hälfte. Es ist deshalb gut möglich, dass nach 2008 die Grenzwerte noch weiter verschärft werden.

Chinas Regierung ist bekanntlich nicht demokratisch. Sie neigt nicht nur zu autoritärem Verhalten, sondern auch wenig dazu, auf Umweltschützer zu hören. Dennoch dürften westliche Umweltorganisationen künftig das chinesische Beispiel der Grenzwerte beim Kraftstoffverbrauch studieren, und wir – damit meine ich Regierung, Gesellschaft und Industrie – könnten eines Tages auf Chinas Erfahrungen zurückgreifen.

In Asien lassen sich etliche Beispiele zivilgesellschaftlicher Innovationen finden, die für uns inspirierend sein können. So gibt es in Japan erfolgreiche Experimente mit der Integration von Kindergärten in Altenheimen. Dies wirkt der Vereinsamung der Rentner entgegen und läßt die Jungen an deren Wissen über traditionelle Kultur partizipieren, jenseits von Computerspielen. In Indien gibt es Medienprojekte von Dalit-Frauen, die sich durch den Einsatz von Videokameras Stimme und Gehör verschaffen. Erwähnenswert ist auch die südkoreanische Internetagentur OhMyNews, die 25.000 ihrer Nutzer zu Mitarbeitern und Informanten machte und mit bis zu 20 Millionen Seitenzugriffen am Tag das Meinungskartell konservativer Zeitungen knackte und den Boom der Blogger vorwegnahm. Ich bin sicher, dass die Beschäftigung mit thailändischen Aids-Aufklärungskampagnen ebenso lohnt wie mit philippinischen Exposureprogrammen, einer partizipativen Form politischer Bildung, oder dass Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung im philippinischen Mindanao oder den indonesischen Molukken wichtige Erfahrungen vermitteln können.

Das Asienhaus ist die einzige unabhängige Einrichtung in Deutschland, die als länder- und themenübergreifende Institution ein wichtiger Mittler in beide Richtungen ist und eine wichtige Brücke zwischen den Zivilgesellschaften. Das Engagement des Asienhauses beim People's Forum parallel zu den ASEM-Gipfeln der Regierungen ist hierfür nur ein Beispiel.

Das Asienhaus kann beim Austausch der Zivilgesellschaften jedoch nur so stark sein, wie seine Basis und Finanzen es zulassen. Es war eine strategisch richtige Entscheidung, das Haus durch eine eigene Asienstiftung abzusichern. Dieser finanzielle Grundstock ist für die hohen Erwartungen jedoch noch zu gering. Immerhin war der Grundstock bisher groß genug, um das Überleben in Zeiten knapper Kassen zu ermöglichen, die hohe Selbstausbeutung der Mitarbeiter und das Engagement der Ehrenamtlichen eingerechnet.

Als wir in der ersten Hälfte der 90er Jahre das Asienhaus konzipierten, gab es zwei Visionen: das Asienhaus als Bürogemeinschaft, das den Büros zuarbeitet und

Dienstleistungen wie Bibliothek oder Vertrieb für sie übernimmt. Oder das Asienhaus als alternatives Institut – eine Art zivilgesellschaftlicher „Think Tank“ samt Aktionszentrum. Zwar war mir wie den anderen Anhängern der zweiten Vision klar, dass die Basis des Hauses zunächst die Büros und ihre Trägervereine sind. Doch sollte unserer Meinung nach das Haus nicht bei den Büros stehen bleiben, sondern diese langfristig zusammen führen, neue Initiativen ergreifen und eine eigene Strahlkraft entwickeln.

Was neue Initiative angeht, so ist das Asienhaus zum Beispiel mit der Gründung der Burma-Initiative, der China AG und der länderübergreifenden Arbeit zur Asian Development Bank aktiv geworden. Was die Strahlkraft betrifft, so ist heute selbstkritisch festzustellen, dass sie leider noch zu wünschen übrig lässt. Das Haus ist meist nur Eingeweihten bekannt, die Strahlkraft reicht kaum bis Berlin oder Brüssel. Es ist bitter für das Asienhaus, ausgerechnet beim Thema ASEM eine hohe Kompetenz entwickelt zu haben, doch leider interessiert sich heute kaum noch jemand für das Asia-Europe-Meeting, da es auf der offiziellen Ebene nicht über Lippenbekenntnisse hinausgekommen ist.

Das Asienhaus kann der Zivilgesellschaft in Deutschland, zu der er sich zählt, Impulse aus Asien vermitteln und Asiaten Erfahrungen aus Deutschland und Europa. Das Asienhaus kann die deutsche Zivilgesellschaft aber nicht ersetzen. Letztlich hängt es auch von Konjunkturen und Stimmungen hier ab, was wir an Erfahrungen aus anderen Weltregionen aufnehmen und was nicht. Um zumindest die Angebote des Asienhauses zu stärken und damit das Potential des Dialogs mit Asien, verdient das Asienhaus jede Unterstützung.

Sven Hansen war 1992 in der Konzeptionsphase des Asienhauses dessen Koordinator. Bis 1994 war er freier Mitarbeiter des Philippinenbüros, seit 1997 ist er Asien-Pazifik-Redakteur der tageszeitung (taz) in Berlin.